

Die Deutsche Volkspartei steht hinter Brüning

Programmatikale Rede Dr. Dingeldeys

Budwigshafen, 8. Februar. Vor einer aus allen Teilen der Pfalz, aus Nordbaden und namentlich aus den Städten Mannheim und Ludwigshafen sehr stark besuchten Versammlung sprach am Sonntagmorgen der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei Dr. Dingeldey und entwickelte in mehr als zweistündiger Rede die Grundlinien der völksparteilichen Innen- und Außenpolitik. Mit besonderem Nachdruck betonte er,

daß die Volkspartei dem Reichkanzler Dr. Brüning ihr Vertrauen nicht zu entziehen gedenke.

Es sei das unzulässige Verdienst Brüning's, daß er seit der Übernahme der Kanzlerschaft mit zäher Beharrlichkeit seine Weisheiten durchsetze, um Reich, Länder und Gemeinden, wie auch die Privatwirtschaft von der verhängnisvollen Einflutung abzubringen, als ob jeder einzelne zu große Ansprüche an den Staat zu stellen berechtigt wäre.

Ueber seine künftigen Verhandlungen mit dem Reichkanzler erklärte Dr. Dingeldey, die im Etat angelegten Einnahmen berücksichtigen nicht die wahrscheinliche Verringerung. Die Verringerungen mit dem Kanzler hätten zu der bekannten Einigung geführt. Er habe weiter mit dem Reichkanzler die Frage besprochen, wie man die Arbeitslosigkeit eindämmen und die Arbeiter wieder in die Fabriken bringen könne. Eine Subventionierung müsse entschieden abgelehnt werden, weil sie die Gefahr der Korruption in sich birge. Die Regierung müsse Arbeiter und Arbeitnehmerorganisationen an den Verhandlungen teilnehmen, um über die Arbeitszeitverkürzung und Leistungssteigerung zu verhandeln.

Nach über die Tributfrage

Bei zwischen ihm und Dr. Brüning gesprochen worden. Die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von der kurzfristigen Auslandsbeleiung sei zu groß, als daß die angelegten radikalen Mittel zur Abschüttelung der Tributlasten nicht ohne weiteres zur völligen Katastrophe führen müßten. Der Hauptpunkt, daß die innere Sanierung erfolgen solle, um die Tributlasten bezahlen zu können, habe er entgegen:

Die Regierung und wir wollen Reformen, damit wir in kommenden Verhandlungen auch einmal rein liegen können.

Für die nächste Zeit kündigte Dr. Dingeldey ein sorgfältig ausgearbeitetes Programm der Deutschen Volkspartei an, das neben den Problemen der Gegenwart (Finanzengrundung, Überwindung der Arbeitslosigkeit, Tributlasten) die Fragen und Wünsche umreißt, die sich die Partei vom künftigen Reich erhofft. (Verfassungsreform, Reichsreform, Abschaffung eines überhöhen Parlamentarismus und schematischer Wahlrecht, Vermehrung der Staatsautorität, Vermehrung der Befugnisse des Reichspräsidenten, unabhängige Stellung der Reichsregierung in allen Fragen der Finanzengrundung, Errichtung einer Ersten Kammer, Heraushebung des Wahlalters).

Die kulturelle Arbeit in Sachsen

Prof. D. Oldmann berichtet auf der Kulturtagung der Deutschen Volkspartei

Berlin, 8. Febr. Auf der Reichskulturtagung der Deutschen Volkspartei in Berlin berichtete der Vizepräsident des

Sächsischen Landtages, Prof. D. Oldmann, über die kulturelle Arbeit in Sachsen seit 1924; so erklärte er unter anderem, die DVP. stehe in Sachsen in der Verantwortung. Bis heute aber ist es in Sachsen noch nicht möglich gewesen, eine antimarkistische Mehrheit zu bilden ohne die demokratische Fraktion, die kulturpolitisch die Marktzüge unterstützt. Das erschwert den kulturpolitischen Kampf in Sachsen. Trotzdem ist und vielerlei gelungen in der Abwehr des kulturpolitischen sozialistischen Radikalismus. Vor allem haben wir eine planmäßige

Eutpolitik der gesamten Kulturpflege

erstrebt und uns bemüht, die Grundfragen wieder herausstellen für eine Stabilität der Kulturpflege auf dem Boden einer ausgleichenden Toleranz. Unter besonders Interesse galt dabei der Volksschule, die aber zu einem erheblichen Teil noch immer die Domäne des radikalen sächsischen Lehrervereins ist infolge der fehlenden Schulsetzung und Ablehnung der Verhältniswohl für Bildung der Lehrerausbildung. Wir sind dafür eingetreten, die Erziehung der Volksschüler im nationalen Geist zu ermöglichen, mußten aber leider erleben, daß

mit den Stimmen der demokratischen Fraktion beschlossen wurde, in den Unterlassen der Volksschule den Religionsunterricht überhaupt zu beseitigen. (Rechtliches über, hört!) Die Gewandlung kann für die sächsische Volksschule nur die Durchführung des Reichsschulgesetzes bringen,

denn Artikel 174 der WR. der eigentlich eine revolutionäre Schulgesetzgebung verheißen wollte, wirkt sich in Sachsen gerade im entgegengesetzten Sinne aus. Auch das höhere Schulwesen wurde in Sachsen durch sozialistische Experimente schwer geschädigt. Den radikalen Anarchisten, der geplant war, haben wir verhindert und eine Reform dieses Schulwesens im Sinne einer Konzentration vorbereitet. Seit der radikalen Periode hat sich erfreulicherweise auch die Atmosphäre auf der sächsischen Hochschule völlig verändert. Bei der Hochschulreform ist es nach unserer Auffassung notwendig, daß deren Korporationsrechte als stabile Grundlage der Universitäten gewahrt bleiben. Die Deutsche Volkspartei hat sich in Sachsen weiter entschieden dagegen gewandt, auf dem Kulturbereich einen schematischen Abbau zu ersparniszwängen zu dulden. Zum Thema

Staat und Kirche

erklärte der Redner unter anderem: Sachsen ist am schwersten von der Kirchenaustrittsagitation betroffen worden. Wir haben in Sachsen etwa 350 000 Dissidenten gegen 180 000 Katholiken. Wir haben versucht, die kircheneidliche Kirchenaustrittsagitation zu ändern, weiter wollten wir die Verhältnisverhältnisse von Staat und Kirche abweichend von Preußen nicht durch ein Konkordat, sondern durch ein grundlegendes Staatsgesetz regeln, das

allen Kirchen Parität

gewährleisten soll. Dieses Gesetz liegt jetzt zum dritten Male dem Landtag vor. Nur die finanziellen Staatsleistungen sollen durch Vertrag geregelt werden. Auch die katholische Kirche war zunächst für den Entwurf, trat aber zurück, nachdem Preußen das Konkordat gab. (Rechtliches über, hört!) Die frühere Unterdrückung des Bischofs von Meissen ist auf Anordnung des Papstes zurückgezogen worden.

Einigung in der Osthilfefrage

Berlin, 8. Febr. Wie wir erfahren, ist es nunmehr gelungen, eine Einigung in der Osthilfefrage herbeizuführen. Das Ostkommissariat ist sich sowohl mit Preußen, als auch mit der Industrie einig geworden, und zwar auf der Basis, daß das Ostkommissariat anerkannt wird. Die Forderung der Umgestaltung wird bei der Bank für Industrieobligationen liegen. Außerdem werden die Rentenbankobligationen und die Preußenkasse eingehalten, und zwar entsprechend der Menge der Ausbringung, die sich bei der Bank für Industrieobligationen auf 600 Millionen beläuft. Auch bei der Preußenkasse auf 25 Millionen beläuft. Auch in der Frage, ob Arbeitsgemeinschaften von etwa 10 bis 15 Gütern oder Osthilfeverbände geschaffen werden sollen, die große Bezirke umfassen und bei der Umgestaltung für die zweiten Osthilfen dem entsprechen würden, was die Generalbank für die erste Osthilfe bedeutet, ist eine Einigung herbeigeführt worden. Man hat ein Kompromiß gefunden, daß die Osthilfe bei der Umgestaltung in sich vereinigt und gewissermaßen Wirtschaftskomitee von mittlerer Größe schafft. Damit sind auch die Standpunkte von Industrie und Landwirtschaft ausgeglichen. Am heutigen Montag werden die Formalisierungen für diese Einigung in einer Art Resolutionen festgelegt. Am Dienstag werden die Formalisierungen für diese Einigung in einer Art Resolutionen festgelegt werden, so daß sich dann am Donnerstag das Kabinett mit ihm besetzen kann. In unrichtigen Kreisen redet man damit, daß es nunmehr gelingt, das Osthilfegesetz bis Ende der Woche zu erlassen, damit es dann sofort auf dem parlamentarischen Weg gebracht werden kann.

Reichkanzler Brüning in Wankler

Wankler i. B., 8. Febr. Anlässlich seines 60jährigen Geburtstages hatte der Reichspräsident die Handwerker und zu einer Feier nach Wankler einladen, an der auch Reichkanzler Brüning teilnahm. Am Schluß der Veranstaltung erglitt Reichkanzler Brüning das Wort und führte etwa folgendes aus:

Wankler ist im Volke kein der Ueberzeugung, daß das, was die Reichsregierung bislang getan und was sie als nächste Maßnahmen angedeutet habe, nicht dasjenige Tempo aufweisen, das der Größe der augenblicklichen Not entspreche. Die Kritik ist berechtigt. Aber die Fehler der letzten 19 Jahre liegen nicht auf einem Tage aus der Welt schaffen. „Glauben Sie nicht“, fuhr der Reichkanzler fort, „daß die Regierung auch nur im geringsten in der Lage ist, das deutsche Volk in dem Sturz den Berg hinunter auszuhalten allein durch gelegentliche Maßnahmen. Das einzige, was das deutsche Volk in dieser verzweifeltsten Stunde retten kann, ist der Glaube an sich selbst und an seine Kraft. Dieser hängt an in dem Augenblick, in dem das Volk Vertrauen in seiner Regierung hat. Die früheren schöne Zeit der Revolutionen ist vorüber. Sie müssen wir denjenigen überlassen, die eine politische Instabilität und den Kauf von großen Worten und gedruckten Redensarten und Resolutionen bringen.“

In ihren Maßnahmen müsse die Regierung parlamentarisch vorgehen. Hinsichtlich der Reparationslasten erklärte der Reichkanzler, niemand werde glauben, daß die Reparationslasten dauernd zu erfüllen seien. Aber die Behauptung, daß die Reparationslasten zu erfüllen seien, über die heutigen schweren Verhältnisse seien, treffe nicht zu. Erst müsse im eigenen Innern Ordnung und planmäßige Finanzwirtschaft Platz greifen. Unbedingt notwendig sei, zu einer Vereinfachung der Steuerlasten zu kommen. Wenn der Reichstag den Landwirtschafsbetrag und die Osthilfe erledigt habe, habe er genug getan, und es wäre wünschenswert, wenn er nach dieser Arbeit eine größere Pause mache, aber freiwillig. Die Regierung könne dann an die schwierige Frage der Reform einzelner Teile der Sozialversicherung und Wohnungswirtschaft herangehen und diese Gesetze später dem Reichstage unterbreiten.

Die Ausführungen des Reichkanzlers wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

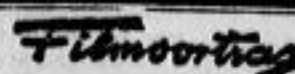
Bindenburg berichtet Major Anker

Berlin, 8. Febr. Reichspräsident v. Bindenburg hat die „Kreuzzeitung“ um Bekanntheit einer Erklärung ersucht, in der es heißt: Stellungsnachrichten zufolge hält der Major a. D. Anker zur Zeit Vorlesungen über die Ursachen des Zusammenbruchs im November 1918, in welchem er u. a. über eine Unterredung, die er im Jahre 1922 mit mir in Hannover gehabt hat, berichtet. In dieser Unterredung hätte ich mich ihm gegenüber angeblich dahin geäußert, daß die Kaiserin Sr. Majestät des Kaisers und Königs ohne mein Wissen erfolgt sei, und daß ich dafür keine Verantwortung trage, wenn ich auch später der Öffentlichkeit gegenüber einen Teil der Verantwortung für diesen Schritt des Kaisers mit übernommen hätte. Demgegenüber stelle ich folgendes fest: Es ist richtig, daß ich den Major a. D. Anker, der damals eine ganz andere politische Einstellung hatte wie heute, als den Sohn eines alten Kammerdieners persönlich empfangen und mit ihm auch über die Vorgänge am 9. November im Hauptquartier gesprochen habe. Unrichtig ist es jedoch, daß ich ihm die von ihm behaupteten Mitteilungen gemacht habe. Ich wiederhole, daß der Entschluß Sr. Majestät des Kaisers nicht nur mit meinem Wissen, sondern auf meinen und der anderen Herren Rat gefaßt wurde, und daß jede andere Darstellung falsch ist.

Bindenburg verweist ferner auf die bereits früher getroffene Feststellung, daß der Entschluß des Kaisers erst nach qualvollen Seelenkämpfen gefaßt und ausgeführt wurde, um die Fortsetzung des Krieges oder einen Bürgerkrieg zu vermeiden und dadurch dem Vaterland Not und Leid zu ersparen.

Berliner Feuerfeier für Blüchow

Berlin, 8. Febr. Nach einer Meldung aus Buenos Aires sind der abgestürzte Piloter von Tjingtau, Gunther Blüchow, und sein Begleiter Dreblow zusammen beigelegt worden. Der kleine Grabschmel befindet sich auf der Abwurfstelle der beiden Piloten und ist mit einem einfachen Holzkreuz gekennzeichnet. Die Ostjäger, die in Blüchow eingeschlagen sind, wurden auf dem Bestattungsbegräbnis, in dessen Bereich der Abwurf erfolgte. Die deutsche Kolonie midmet den beiden toten Piloten in der Wagener'schen „La Union“ einen warmen Nachruf. Die Ueberführung der Leichen nach Deutschland ist beabsichtigt, ist jedoch von der Aufbringung der nötigen Mittel abhängig. In Berlin fand am Sonntag eine Totengedenkfeier für die beiden Piloten im Fliegerverbandshaus statt. Der große Saal des Aeroflubs mit seinen Rednerbänken war überfüllt. Man sah zahlreiche der nächsten Verwandten der toten Piloten, Mitglieder der kameradschaftlichen Vereinigung der Marineflieger und Luftschiffer und viele andere mehr. Der Chef der Marineleitung hatte eine Anrede gehalten.



Bad Pistyan und seine Eigenart gehalten von Dr. Ladislav Lichtenstein, Pistyan, am 12. Febr. um 8 Uhr abds. in der Produktionsbörse, Lichtenstein.

Mussolini an Frankreichs Adresse

Zu Verhandlungen bereit

Paris, 8. Febr. Der „Intransigent“ veröffentlichte am Sonntagabend eine Unterredung mit Mussolini über die Frage „Was will Italien?“ Der Duce äußerte seine Verwunderung darüber, daß man in der Welt ihm in Frankreich immer noch Mißtrauen gegen Italien bene. Obwohl er seine Absichten der Welt gegenüber deutlich erklärt habe. Man betrachte die Italiener als eine Gefahr, da sie und ihr Staat sich ihrer Kraft bewusst geworden seien. Da Italien stark, jung und erbt seinen Weg geht, bilde man sich ein, daß es vom Krieg träume. Er habe gefaßt und er wiederhole es, daß

Italien bereit sei, sich zu schlagen, wenn es angegriffen werde. Sein Volk werde jedoch niemals von ihm aus den Krieg provozieren oder zum Angriff schreiten. Zwischen angeblichen Kriegsdrohungen und der Absicht, sich zu verteidigen, sei ein großer Unterschied. Seine Worte würden immer wieder falsch überlegt und falsch ausgelegt, was zu Mißverständnissen führe. Er glaube, durch seine Reden endlich alle Mißverständnisse zerstreut zu haben. Das neue, einige und unteilbare Italien beherberge ein Volk, das zugleich stolz, willensstark und mächtig sei. Trotzdem sei es friedlich und habe kein höheres Ideal, als sein nationales Leben und seine Kultur zu vervollkommen. Auf die Frage, welches Mittel es gebe, um die immer wieder auftauchenden Schwierigkeiten zwischen den beiden lateinischen Völkern zu beseitigen, erwiderte Mussolini, daß das nicht in seiner Macht allein liege. Diese Schwierigkeiten seien die Folge einer Reihe von Ereignissen, die das italienische Volk in seinem Stolz und in seinem Wert zu verletzen hätten. Alle diese Fragen könnten seiner Meinung nach auch ohne Schwert-

streit gelöst werden, doch müsse auf der anderen Seite der gute Wille dazu vorhanden sein. Er für seine Person habe nichts dagegen, sich an den Verhandlungen teilzunehmen. Da man man dann erörtern, was für eine Verhandlung unannehmlich sei. Man müsse jedoch wissen, wie man mit einer einigen und ihrer selbst höheren Nation zu verhandeln habe, mit einem Volk, das sein Recht auf einen Platz an der Sonne behauptet.

Tittoni gestorben

Rom, 8. Febr. Am Sonntagabend um 19.10 Uhr ist der bekannte italienische Staatsmann Senator Tittoni nach längerem Leiden gestorben. Bereits in der vergangenen Nacht hatten drei der bekanntesten Spezialisten die Hoffnung aufgegeben. Die Todesnachricht wurde sofort dem König und Mussolini übermittelt.

Mit Tittoni tritt einer der italienischen Diplomaten von der politischen Bühne ab, die die Rückkehr Italiens vom Dreilund vorbereitet haben. Keuchlich kommt das durch die Tatsache zum Ausdruck, daß Tittoni in der Vorkriegszeit wiederholt Außenminister und ferner Botschafter in London und Paris war. Tittoni erfreute sich besonderer Beliebtheit bei Eduard VII. und bei Clemenceau. Während sich die Umgestaltung des italienischen Außenpolitik vollzog, spielte die Bedeutung des Reichstags am Dreilund noch eine große Rolle. Aber sie rang in den Reden Tittonis mit den Jahren immer inhaltsloser.

Tittoni ist mit Herausgeber der bekannten italienischen Zeitschrift „Nuova Antologia“, Verfasser zahlreicher politischer und wirtschaftlicher Schriften sowie Mitglied mehrerer in- und ausländischer wissenschaftlicher Akademien.

Deutsche Dampfer unter fremder Flagge

Hamburg, 8. Febr. Wie die Sonntagblätter melden, stellt die Hamburger Reederei O. Bogemann ihre Schiffe unter fremde Flagge. Der Grund an dieser Maßnahme soll darin zu suchen sein, daß bei Schiffen unter fremder Flagge die sozialen Lasten sowie die steuerlichen Abgaben geringer sind. Die Blätter drücken die Befürchtung aus, daß diesem Beispiel unter Umständen noch andere Reedereien folgen könnten.

Der Verband Deutscher Schiffingenieurtechniker befaßt sich in einer Zuschrift an die Presse mit diesem Fall und schreibt u. a.: Der Dampfer „Bogtland“ der Reederei O. Bogemann, der im regelmäßigen Frachtdienst nach dem Golf von Mexiko verkehrt und vor einigen Tagen wieder in Hamburg eingelaufen ist, hat jetzt die deutsche Flagge gestrichen und soll künftig unter der Panama-Flagge fahren. Der Befehl war vor dem Einlaufen des Schiffes telegraphisch gefaßt worden. In Hamburg wurde ihr dann freigegeben, unter der neuen Flagge an Nord zu bleiben. Als Bedingung hierfür wurde aber die Einwilligung zu einer 20prozentigen Kürzung der Deuer verlangt.

Durch den Flaggenwechsel läßt sich die Reederei Bogemann der Zwang zur Sozialversicherung der Besatzung wie auch zur Befahrung des Schiffes nach den deutschen Vorschriften weigern.

Das Schiff steht nicht mehr unter der deutschen Befahrung. Dadurch macht der Reeder neornüber anderen deutschen Reedereien bedeutende Ersparnisse. Die Schäden

allein an Gehältern und Soziallasten ohne die steuerlichen Ersparnisse auf 44 Prozent der normalen Belastung, nämlich 25 Prozent Ersparnis an Gehältern, 10 Prozent an Versicherungsbeiträgen und 9 Prozent durch Einschränkung des Personals. Die Offiziere und Mannschaften werden rechtlos, weil sie unter der neuen Flagge weder einem Seemannsgesetz, noch etwa einem Tarif - Panama kennt beides nicht - unterstehen, und ihre in Deutschland bisher erworbenen Ansprüche an den Sozialversicherungen nur durch freiwillige Fortführung der Versicherungen aus eigenen Mitteln aufrechterhalten können.

Mittelhafte Schiffe auf ein Diplomatenauto

Berlin, 8. Febr. Heute früh wurde in der Einfahrt eines Hauses der Frankfurter Allee der Kraftwagen des Presseattachés bei der spanischen Botschaft, Enrique Dominguez Robino, mit fünf Einschüßungen an der rechten Seite aufgefunden. Blutspuren im Innern legen Zeugnis dafür ab, daß der Wagen beschossen wurde und einer seiner Insassen getötet sein muß. Wie die Montagblätter berichten, ist der Wagen am Sonntagabend vor einem Total am Kurfürstendamm gesoblen worden. Der Besitzer, Enrique Robino, hatte sofort Anzeige bei der Polizei erstattet, und wenige Stunden später wurde der Wagen in der Frankfurter Allee entdeckt. Man vermutet, daß Einbrecher den Wagen zu einer Tour nach auswärts benutzt haben, die ein blutiges Ende fand. Die Berliner Kriminalpolizei beschäftigt sich mit der Auffklärung des rätselhaften Vorfalls.